

Populisten und Liberale

Vortrag bei der Tagung „Wettbewerb der Narrative. Zur globalen Krise liberaler Erzählungen“ des Goethe-Instituts, Berlin, März 2017

1

Wenn ich mich heute abend mit dem „Wettkampf von Erzählungen“ zwischen ‚Populisten‘ und ‚Liberalen‘ befasse, dann greife ich diese beiden Schlagworte in der Weise auf, wie sie in der durch Polarisierung geprägten US-amerikanischen Debatte Verwendung finden. Wobei sogleich hinzuzufügen ist, dass der Begriff des Populismus hierbei lediglich als Fremdbenennung firmiert. Im Unterschied zu der hauptsächlich von Farmern getragenen Populist Party beziehungsweise People’s Party um die vorletzte Jahrhundertwende, durch die der Begriff in das politische Vokabular Amerikas eingeführt wurde, bezeichnen sich gegenwärtig in aller Regel weder die Wortführer noch die Anhänger derartiger Strebungen als Populisten. Doch auch als Fremdzuschreibung ist das Attribut ‚populistisch‘ in seinem Gebrauch eingeschränkt. Es gilt den Führern und den Bewegungen, nicht ihren Anhängern. Das ‚Volk‘, das Donald Trump zujubelt, mag in der Sichtweise seiner liberalen Beobachter irregeleitet sein; aber aus Gründen, die der näheren Analyse wert sind, würde niemand behaupten, es sei populistisch. Populist kann offenbar nur sein, wer sich auf ‚das Volk‘ beruft, ohne ihm anzugehören. Im Gegensatz dazu haben die ‚Liberalen‘ keine Scheu, sich selbst so zu nennen, wenngleich sie andere Benennungen vorziehen mögen. Das allein ergibt schon eine bedenkenswerte Asymmetrie.

Ich will einleitend versuchen, beide politischen Richtungen in groben Umrissen zu charakterisieren. Obwohl der Populismus in vielen Facetten auftreten kann und neben den heute die Wahrnehmung dominierenden Rechtspopulisten auch linke Bewegungen umfasst, scheint er mir begriffsgeschichtlich und in seinem politischen Profil leichter zu greifen als der Liberalismus. Zwar hat er, wie Karin Priester schreibt, „keine Substanz im Sinne eines zentralen, nur ihm eigenen Wertesystems“.¹ Paul Taggart beschreibt ihn als „inhärent unvollständig“, und Michael Freeden spricht von einer „dünnen Ideologie“, die sich an eine „Wirtsideoogie“ (*host-ideology*) anlehnen müsse, um ein politisches Programm auszubilden.² Aber es lassen sich doch einige Grundzüge herauspräparieren, die indessen weniger den Inhalt als den Stil politischer Auseinandersetzungen betreffen. Ich zitiere noch einmal Karin Priester:

Populismus zeichnet sich durch folgende Merkmale aus: Berufung auf den *common sense*, Anti-Elitarismus, Anti-Intellektualismus, Antipolitik, Institutionenfeindlichkeit sowie Moralisierung, Polarisierung und Personalisierung der Politik. Das Grundaxiom ist die Berufung auf den *common sense*. Aus

¹ Karin Priester, Wesensmerkmale des Populismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 5-6 (2012) (<http://www.bpb.de/apuz/75848/wesensmerkmale-des-populismus?p=all>)

² zit. ebd.

populistischer Sicht ist der "gesunde Menschenverstand" dem Reflexionswissen von Intellektuellen nicht nur ebenbürtig, sondern überlegen, weil er auf konkreter, lebensweltlicher Erfahrung beruhe, noch nicht vom Virus des modernen Skeptizismus infiziert sei und daher noch einen unverfälschten, "gesunden" Zugang zu Recht und Wahrheit habe. [...] Populismus beruht – unabhängig von seiner Verortung auf einer Rechts-Links-Skala – auf der Aversion gegen die "Bevormundung" des Volkes durch Funktionseliten.³

Hinzuzufügen wäre, dass sich nach einer Beobachtung von John B. Judis der Rechts- vom Linkspopulismus darin unterscheidet, dass er regelmäßig noch eine dritte Größe ins Spiel bringt:

Leftwing populists champion the people against an elite or an establishment. Theirs is a vertical politics of the bottom and middle arrayed against the top. Rightwing populists champion the people against an elite that they accuse of coddling a third group, which can consist, for instance, of immigrants, Islamists, or African American militants. Leftwing populism is dyadic. Rightwing populism is triadic. It looks upward, but also down upon an out group.⁴

– Mit diesen Stichworten, denke ich, sind populistische Bewegungen in wiedererkennbarer Weise beschrieben. Der Liberalismus lässt sich dagegen weniger leicht auf eine einheitliche politische Grundhaltung zurückführen. Er blickt auf eine viel längere Geschichte zurück und trägt ein entsprechend größeres historisches Erbe mit sich. Seine Anfänge reichen noch in den Ständestaat und in die Verteidigung ständischer Freiheiten gegen den Übergriff des Monarchen zurück, die auch noch den Ausgangspunkt der Französischen Revolution bildete. Bevor er im 19. Jahrhundert ein parteipolitisches Gepräge annahm und dadurch in verschiedene Fraktionen zerfiel, war mit dem Attribut ‚liberal‘ vor allem eine vorurteilsfreie, fortschrittszugewandte, mit dem anfangs durchaus inklusiven Ziel einer nach und nach verallgemeinerten Staatsbürgerlichkeit verbundene Geisteshaltung bezeichnet.⁵ Um eine wahrhaft „liberale Bildung des Geistes“ zu erlangen und entsprechend weitblickend, unbefangen und unbestechlich zu sein, musste man allerdings auch Unabhängigkeit in materieller Hinsicht genießen.⁶ Dieser Vorbehalt spielt schon in den Debatten um die US-amerikanische Verfassung in den 1770er Jahren eine wichtige Rolle, weshalb erwogen wurde, das Wahlrecht an die Voraussetzung von Grundbesitz und Schuldenfreiheit zu knüpfen.⁷ Während sich in solchen Erwägungen aristokratische Züge in die Konzeption eines politischen Repräsentativsystems einschrieben, war doch der Kern des Liberalismus, als Geisteshaltung ebenso wie als politisches Programm, bürgerlich. Bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts verband sich damit eine Fortschrittsutopie. „Das liberale Bild vom Bürger“, schreibt Dieter Langewiesche,

³ ebd.

⁴ John B. Judis, *The Populist Explosion. How the Great Recession Transformed American and European Politics*. New York 2016. S. 15

⁵ Vgl. Dieter Langewiesche, *Liberalismus in Deutschland*. Frankfurt/M. 1988. S. 7

⁶ Ernst Brandes 1792, zit. n. Rudolf Vierhaus, Art. ‚Liberalismus‘, in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, hg. Otto Brunner u.a., Bd. 3: H-Me, Stuttgart 1982, S. 741-785, dort S. 746

⁷ Vgl. Bernard Manin, *Kritik der repräsentativen Demokratie*. Berlin 2007. S. 143ff. – Alexander Hamilton / James Madison / John Jay, *Die Federalist Papers*. Übers. Barbara Zehnppennig. Darmstadt 1993 [...]

enthielt ein Versprechen und eine Aufgabe für alle: Allen sollte dieser Status aus eigener Kraft zugänglich sein, wirtschaftlich, kulturell und politisch. [...] Dieses Ideal des Bürgers, für sich selbst verantwortlich und deshalb fähig, auch für andere politische Verantwortung zu übernehmen, entstand als eine Zukunftsverheißung von großer Integrationskraft.⁸

Diese Integrationskraft und damit zugleich die Reichweite liberaler politischer Programme verminderte sich in dem Maß, in dem „das Bürgertum der Industriegesellschaft sozial, wirtschaftlich und auch kulturell in zahllose Gruppierungen mit unterschiedlichsten Interessen zerfiel“.⁹ Was die Entwicklung in Mitteleuropa angeht, so sind dabei vor allem zwei Milieus zu unterscheiden. Da ist zum einen das liberale Wirtschaftsbürgertum, dem es um unternehmerische Freiheit, Freihandel, Schutz vor staatlicher Willkür einerseits, revolutionären Umtrieben andererseits, vor allem aber um Sicherung der Eigentumsrechte zu tun war und das dadurch in einen wachsenden Gegensatz zu den Unterprivilegierten des kapitalistischen Wirtschaftssystems trat. Und da ist zum anderen der zumal in Deutschland kulturell mächtige Beamtenliberalismus, der seine große Zeit in der Reformära im Ausgang der Napoleonischen Kriege und dann noch einmal in den Jahren der Reichsgründung hatte. Beide trafen sich in dem gemeinsamen Interesse an der Bildung einer starken Nation. Zwar begegneten sie, wie man bei dem Parteienhistoriker Franz Walter nachlesen kann, dem Staat „mit Ambivalenz. Als grundsätzliches Ideal galt die selbstverantwortete bürgerliche Öffentlichkeit, aus welcher sich der Staat unbedingt herauszuhalten habe. Doch zugleich mochten die realen Liberalen im wirklichen politischen Leben die ordnende Hand, den materiellen Schutz, die subventionierende Hilfe des Staates nicht missen.“¹⁰ Auch der klassische ökonomische Liberalismus nahm Zuflucht zur Staatsmacht, wenn er sich in der Verfolgung seiner Interessen behindert sah. Dass der freie Markt, sich selbst überlassen, am effizientesten wäre und dass zwischen ökonomischem Laissez-faire einerseits, staatlicher Bürokratie und Gewaltanwendung ein grundsätzlicher Widerspruch bestünde, ist ein Mythos des Kapitalismus, dem das Verhalten seiner Akteure widerspricht.¹¹ Der Ruf nach Beschneidung von Arbeiterrechten und staatlicher Protektion führte dazu, dass der gewerbliche Mittelstand schon im 19. Jahrhundert zwischen liberalen und rechtsautoritären Positionen changierte.¹² Vergleichbare Tendenzen zeigten sich, wenn auch von anderen Voraussetzungen her, im Liberalismus der Beamtenschaft. Deren Zutrauen in die Rationalität des Staatsapparats und ihrer eigenen Rolle darin konnte so weit gehen, in Krisenzeiten liberale Grundsätze zugunsten einer autoritären staatlichen Ordnung ganz aufzugeben.

Bei allen Fraktionierungen dieses bürgerlichen Liberalismus bleibt aber als gemeinsames Merkmal festzuhalten, dass er sich soziologisch auf eine Schicht von tonangebenden Männern mit zunächst gemeinde- und stadtbürgerlichem, später nationalstaatlichem Aktionsradius stützte, die es gewohnt waren, sich als Sachwalter des großen Ganzen und als berufene Vormünder anderer Bevölkerungsgruppen aufzuführen. „Mindestens in ihrem

⁸ Langewiesche, a.a.O., 8f

⁹ ebd., 9

¹⁰ Franz Walter, Gelb oder Grün? Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland. Bielefeld 2010. S. 10

¹¹ Vgl. David Graeber, Utopia of Rules, 9f. Graeber bringt die Symbiose zwischen Marktwirtschaft und Staatsmacht auf die einprägsame Formel: „Whenever someone starts talking about the ‚free market,‘ it’s a good idea to look around for the man with the gun.“ (ebd., 31)

¹² Walter, a.a.O., S. 12

lokalen Umfeld gehörten sie zum Establishment, zu den Honoratioren, gebildet, kulturell dominant, wohlhabend.¹³ In den Parlamenten, in denen das gehobene Bürgertum überproportional vertreten war, bestanden insoweit vordemokratisch-ständische Verhältnisse fort, ohne radikalen Bruch zwischen der „altständischen Tradition“ und dem „neuständischen Prinzip der Vertretung von ‚Besitz und Bildung‘“.¹⁴

Seiner Entstehung nach, in seinen Denkweisen und im Habitus ist der klassische Liberalismus eng mit der Geschichte des städtischen Bürgertums und seiner kulturellen Mission verbunden. Diese Voraussetzungen erodieren im Verlauf des 20. Jahrhunderts, vor allem seit den 1970er Jahren, die man überhaupt als *die* große Umbruchphase des Jahrhunderts ansehen muss. „Bis in die sechziger und siebziger Jahre hinein“, schreibt Franz Walter mit Blick auf die deutsche Parteiengeschichte,

war[en] das mittelständische Bürgertum und die freidemokratische Parteimitgliedschaft honoratiorenhaft und staatstreu. Doch die 68er-Revolution, die sozialdemokratischen Wohlfahrtsreformen und die Expansion der linksökologischen Dienstleister hatten das gewerbliche Kleinbürgertum rechts der Mitte, überall in Europa im Übrigen, auf Distanz zum Staat gebracht. Das war die Einbruchsstelle für die neoliberale Offensive seither.¹⁵

Soziologisch trat damals an „die Stelle des alten Bürgertums in den europäischen Gesellschaften generell eine quantitativ weit stärkere, kulturell hingegen sehr viel weniger distinktierte ‚neue Mitte‘“.¹⁶ Das führt zu einer charakteristischen Spaltung des bürgerlichen Milieus, für die in Deutschland paradigmatisch die Erfolgsgeschichte der Grünen einsteht. Klassisch liberale Werte im Sinne von Urbanität, Toleranz, Zutrauen in die Weiterentwicklung und Reformfähigkeit des Gemeinwesens verschmelzen nun mit einem linksökologischen Programm und Lebensstil, deren Vertreter sich in ihren Wertschätzungen und beruflichen Koordinaten durch eine (wenngleich gern verleugnete) Staatsnähe auszeichnen: In dieser Welt sind Lehrer, Sozialarbeiter, Universitätsangehörige, generell im öffentlichen Dienst oder staatsnahen Sektor tätige Menschen stark repräsentiert. Die Absicherung durch den Staat erleichtert es ihnen, postmaterialistischen Lebenskonzepten zuzuneigen und den Akzent weniger auf Fragen des ökonomischen Status als auf symbolpolitische Sensibilitäten zu legen. Sie verbinden kosmopolitische Offenheit mit einer ausgeprägten Präferenz für öffentliche Institutionen und sozialstaatliche Absicherung in nationalem Rahmen. Im Großen und Ganzen gilt für sie auch noch das alte liberale Rezept, dass Bildung, oder allgemeiner: der Erwerb von kulturellem Kapital, den Weg zu sozialem Aufstieg ebnet. (Durch die zunehmende Prekarisierung von Akademikern hat sich diese Aussicht inzwischen jedoch auch in wohlhabenden Ländern merklich verdüstert.) Trotz einer gewissen antikapitalistischen Grundstimmung ist dieses Milieu übrigens erstaunlich offen für die Welt der privilegierten Wirtschaftseliten, insbesondere im Bereich der Kreativindustrien, mit denen es der „neue Geist des Kapitalismus“ verbindet.¹⁷

¹³ ebd., 10

¹⁴ Langewiesche, a.a.O., 25

¹⁵ Walter, a.a.O., 42

¹⁶ ebd., 46

¹⁷ Luc Boltanski / Ève Chiapello, *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz 2003

Ganz anders sieht die Lage bei dem zweiten Strang des Liberalismus aus, der sich personell vor allem aus Gewerbetreibenden und Selbständigen, also aus staatsfernen Berufen rekrutiert. Ökonomisch gerät dieses Kleinunternehmertum durch global agierende und technologisch aufgerüstete Konzerne unter immer stärkeren Druck. Aus dieser Welt rekrutieren sich die sogenannten neuliberalen Parteien, allerdings unter Aufkündigung sowohl klassisch-liberaler als auch bürgerlicher Ideenbestände und Verhaltensstandards. Ich zitiere noch einmal den deutschen Parteienforscher Franz Walter:

Eins war den neuliberalen Parteien gemeinsam: Sie agierten nicht mehr, wie früher die Altliberalen, als elitärer Interessenverein der „Wohlhabenden“, sondern als Protestvehikel der „einfachen Leute“. Sie waren allesamt Parteien der antiökologischen Gegenreform, Kampftruppe der Autofahrer, der Staatsverdrossenen, der Steuerverweigerer, der Nicht-Postmaterialisten. An ihrer Spitze stand überwiegend der Kraftmeier, der Rambo, der Held all derjenigen, die gern selber stark wären und die in jenen zurückliegenden Jahren so furchtbar litten, als die Grünen noch den Ton angaben, die Frauenquote angesagt war, die Städte mit Fahrradwegen durchpflastert wurden.

Da diese neuliberalen Parteien des Protests meist organisations- und mitgliederschwach blieben, mussten sie als Medienparteien agieren. Da sie über gewachsene Loyalitäten nicht verfügten, brauchten sie ständig das mobilisierende Thema, die aggressive Zuspitzung, die medial transportierbare Kampagne. Selbst als Regierungspartei musste dieser Typus des populistischen Neoliberalismus einen ungeheuren Budenzauber veranstalten, sonst war er rasch weg vom Fenster. Insofern waren die Neuliberalen Eventparteien, aber sie ideologisierten und polarisierten auch scharf, repolitisierten durchaus und immerhin die Parteienkonkurrenz.

Europaweit waren diese Parteien damals die Favoriten bei den unter 30-jährigen. Genauer: bei den Männern unter dreißig. Noch genauer: bei jungen Männern aus den selbstständigen Mittelschichten und der Arbeiterschaft. Soziologisch unterschied sich der Neoliberalismus also markant vom rein bürgerlichen Altliberalismus. Der Neoliberalismus war in seinem Wähleranhang – nicht in seinen Parlamentsvertretungen – proletarischer. Und er agierte politisch plebejischer, härter, militanter.¹⁸

Das steht so in einem 2010 publizierten Buch, ist grammatikalisch in der Vergangenheitsform gehalten und könnte doch aktueller nicht sein. Franz Walters Ausführungen konfrontieren uns mit der bemerkenswerten Tatsache, dass die Trennlinie zwischen ‚Populisten‘ und ‚Liberalen‘ nicht so glatt zu markieren ist, wie das in der politischen Rhetorik zuweilen erscheint. Immerhin sind die rechtspopulistischen Bewegungen in Europa fast durchweg aus liberalen Parteien hervorgegangen oder haben deren organisatorische Struktur gekapert. Mit gewissen Modifikationen gilt dasselbe für den Zustand der heutigen Republikanischen Partei in den USA.

¹⁸ Walter, a.a.O., 47f

Ich habe diese Vorgeschichte – zugegebenermaßen sehr vereinfachend – deshalb Revue passieren lassen, weil sie in mehrfacher Weise ein Licht auf die Auseinandersetzungen der Gegenwart wirft. Drei Aspekte sind zu nennen: erstens die kulturellen Rahmenbedingungen demokratischer Repräsentation; zweitens das *master narrative* des Liberalismus als ein mit ihm untrennbar verbundenes großes Versprechen; und drittens die kollektive Psychodynamik der Erzählkämpfe, deren Zeugen wir heute sind.

Was die Funktionsweise demokratischer Repräsentation anbetrifft, so ist oft bemerkt worden, dass populistische Bewegungen die Demokratie auf ihrem ureigensten Feld herausfordern. Denn auch sie berufen sich auf das Volk, gründen darauf aber gerade ihre Opposition zu den eingespielten demokratischen Verfahren. Aber wer ist das Volk? Wie wird aus einer verstreuten Menge von Menschen, die einander nicht kennen, ein Kollektiv, genauer: eine als Person vorgestellte Entität, der ein Wille attribuiert werden kann? Wie gelangt es zu seiner Stimme? Wer spricht, wenn ‚das Volk‘ spricht?

In republikanisch verfassten Staaten, die sich auf das Prinzip der Volkssouveränität gründen, wird dieses Problem bekanntlich durch Formen der Stellvertreterschaft und Fürsprache gelöst: Richter sprechen ihre Urteile im Namen des Volkes, Abgeordnete sind Volksvertreter, von der Parlamentsmehrheit gestellte Regierungen sind ermächtigt, anstelle des Volkes und für das Volk Handlungen auszuführen. Der Bezug zur Bevölkerung als solcher ist dabei nur indirekt hergestellt, durch periodisch abgehaltene Wahlen von Parteikandidaten oder durch andere, noch stärker vermittelte Autorisierungen, wie im Fall der Gerichtsbarkeit.

Es ist gerade diese durch demokratische Repräsentation erzeugte Vermitteltheit, die den populistischen Wortführern Anlass bietet, um aufzubegehren und, jedenfalls ihrem eigenen Anspruch nach, dem ‚Volk selbst‘ zu seinem Recht zu verhelfen. Idealtypisch treten sich hier zwei Spielarten demokratischer Praxis gegenüber, die repräsentative und die direkte, neuerdings verstärkt als ‚partizipativ‘ bezeichnete Demokratie. Mit seiner Kritik am Modus der Repräsentation als Verfälschung des Wählerwillens, Bevormundung, Ermächtigung einer auf ihren eigenen Vorteil bedachten Politikerkaste usw., verbunden mit dem Imperativ, stattdessen doch das Volk sich selbst regieren zu lassen, steht der Populismus in einer langen und ehrwürdigen Tradition, die sich unter anderem mit dem Namen Rousseaus verbindet. Umgekehrt ist die Idee politischer Stellvertretung aus einer tiefen Skepsis nicht nur gegenüber der Praktikabilität, sondern auch der Wünschbarkeit einer solchen Selbstregierung des Volkes erwachsen.

Nicht erst die Exzesse der Französischen Revolution haben zu Theoriebildungen geführt, die das Staatsvolk als ideelle Entität und *pouvoir constituant* sehr sorgsam vom empirisch vor Augen stehenden Volk als erregter Masse, als Pöbel, als einer zu Lynchjustiz, Massenhysterie und Diktatur der Mehrheit tendierenden und unberechenbaren politischen Größe abzuheben versuchen. Regierung *für* das Volk im Rahmen einer konstitutionellen und rechtsstaatlichen Ordnung ist insoweit Regierung *gegen* das Volk, und seinen politischen Repräsentanten kommt damit die Aufgabe zu, im Sinne einer höheren Vernunft, einer kühleren, leidenschaftslosen Erwägung aller Umstände und Handlungsfolgen den *Abstand* der demokratischen Politik von den mehrheitlich oder lautstark in der Bevölkerung

vertretenen Ansichten zu sichern. Wenn die gewählten Repräsentanten ihr Amt rechtens versehen, so heißt es in den die Entstehung der US-amerikanischen Verfassung begleitenden *Federalist Papers* von 1787/88, dann „kann es geschehen, daß die Stimme des Volkes, wenn sie von seinen Vertretern erhoben wird, eher zum Wohl des Ganzen ertönt, als wenn sie aus dem Volk selber spricht, das zu diesem Zweck zusammentritt“.¹⁹

Bei allen Erwartungen an eine weitgehende Deckungsgleichheit zwischen den Ansichten der Repräsentierten und der Repräsentanten, wie sie zumal in Zeiten des Wahlkampfes geweckt werden, ist also in die repräsentative Demokratie ein distanzierendes und sich potentiell verselbständigendes Element eingebaut, dessen Sinn nicht in der Verbindung, sondern in der *geregelten Unterbrechung* der Abhängigkeit der Gewählten von den Wählern besteht. Es äußert sich in einer Art Treuhänderschaft der politischen Vertreter, die, indem sie allein nach dem Richtmaß ihrer Vernunft und ihres Gewissens urteilen, am Ende doch besser für das Volk sorgen, als dieses selbst das in seiner Wankelmütigkeit, Affektbeherrschtheit und Unkenntnis versteht. Sie haben sich zwar in regelmäßigen Abständen vor ihrer Wählerschaft zu rechtfertigen, sind aber während der Legislaturperioden in ihren Entscheidungen prinzipiell frei. Demokratische Repräsentation ist insofern auf eine hierarchische Abstufung gegründet, die letztlich in einem Überhang der Autorisierung über der Kontrolle besteht.²⁰ Sie lebt davon, dass die Delegation politischer Entscheidungsbefugnis mit einem entsprechenden Respekt gegenüber den Delegierten und dem politischen Betrieb als Ganzem einhergeht. In diesem Respekt, der allerdings immer neu erworben sein will, ist implizit das Eingeständnis der *Überlegenheit* der politischen Funktionsträger, ihrer größeren Kompetenz, Sachkenntnis und Erfahrung enthalten.

Aus all dem wird deutlich, in welchem Maß demokratische Repräsentation nicht nur eine Frage der Verfahren, sondern auch der politischen Kultur ist. Und genau hier liegt, über die parteipolitische Positionierung hinaus, die Bedeutung des bürgerlichen Liberalismus. Man kann ihn als ein Selbstverständnis, aber ebenso als ein System von Denk- und Verhaltensweisen beschreiben, das innerhalb der republikanischen Ordnung eine Brücke zwischen entgegengesetzten Ansprüchen schlägt: zwischen der Ausübung delegierter Amtsgewalt einerseits und einer in der Subjektivität des Einzelnen begründeten Urteils- und Entscheidungsfreiheit andererseits; oder, in bezug auf die soziale Positionierung: zwischen Repräsentativität und Distinktion. Die „intrinsische Spannung der modernen Demokratie zwischen zwei Pfeilern – dem Konstitutionalismus (Rechtsstaatlichkeit) und der Volkssouveränität“²¹, die im ‚Organigramm‘ demokratischer Staatswesen als ein Hiatus erscheint, wird von den liberalen Sachwaltern der Vernunft durch ihr Rollenverständnis und durch ihr persönliches Einstehen wenn nicht überwunden, so doch ausgeglichen. Das setzt voraus, dass sie eine Autorität zu verkörpern wissen und dass ihnen diese Autorität zuerkannt wird, die nicht rein demokratisch, das heißt durch Ermittlung des Mehrheitswillens, begründbar ist. Die Geschichte der politischen Kultur in den vergangenen zweihundert Jahren führt plastisch vor Augen, wie sehr auch nach dem Wechsel vom Obrigkeitsstaat zur Demokratie die Inhaber politischer Ämter, trotz allen Meinungsstreits, als Autoritäten verehrt wurden und wie stark eine noch über lange Zeit ständisch geprägte

¹⁹ Hamilton u.a., *Federalist Papers*, a.a.O., Nr. 10, S. 98

²⁰ „Die repräsentative Regierung“, so beschreibt Manin diese Doppelgesichtigkeit, „hat unbestreitbar demokratische Züge. Genauso wenig kann jedoch ihr oligarchischer Charakter bestritten werden.“ (Manin, *Kritik der repräsentativen Demokratie*, 324)

²¹ Priester, a.a.O.

Kluft zwischen ihnen und der einfachen Bevölkerung bestehen blieb. Funktional wie genealogisch betrachtet, zählt die Autorität der Amtsträger, die nicht allein aus der Delegation von Machtbefugnis ableitbar ist, zu dem Komplex dessen, was ich die *nichtdemokratischen Voraussetzungen von Demokratie* nennen möchte. Und genau dieses Verhältnis vertrauensvoller Autorisierung kündigen populistische Bewegungen auf.

Wie erklärt sich diese Vertrauenskrise in unseren Tagen, oder genauer: Wie erklärt sich der enorme politische Zuspruch, den ein solcher, strategisch genutzter, Vertrauensentzug derzeit erfährt? Zwar war die Vorherrschaft des liberalen Modells politischer Stellvertretung nie unumstritten; aber es bedarf doch besonderer Umstände und erfordert eine eigene Erklärung, wenn seine Delegitimation grundsätzliche Züge annimmt und sozusagen systemrelevant wird. Und da das Vordringen rechtspopulistischer und neoautoritärer Strebungen ein Phänomen mit globaler Reichweite ist, muss es dafür auch globale, über länderspezifische Pfadabhängigkeiten hinausreichende Ursachen geben. Das ist ein Forschungsthema von gewaltigen Dimensionen. Ich will nicht so vermessen sein, es in wenigen Sätzen abhandeln zu wollen, sondern muss mich auf einzelne Hinweise beschränken.

Zwei Ansätze zur Erklärung sind aus der von mir skizzierten Geschichte des Liberalismus ableitbar. Die eine Ursachengruppe betrifft die Verankerung des klassischen Liberalismus in einer ausgeprägt bürgerlich-mittelständischen und dabei in spezifischer Weise urbanen Kultur. Hier kommt die Diagnose einer ‚Krise der Mittelschicht‘ ebenso in Betracht wie überhaupt der Prozess einer breitenkulturell wirksamen Entbürgerlichung seit den 1960er Jahren. Er lässt sich unter anderem an dem Gestaltwandel der Städte ablesen, die ihre Funktion als Repräsentationsorte einer (staats)bürgerlichen Öffentlichkeit weitgehend verlieren. Diese Funktion hatte sich sowohl in Europa als auch in den kolonialen Metropolen in einem Ensemble von vorzugsweise klassizistischen Bauten manifestiert: Rathaus beziehungsweise Regierungssitz, Bank, Post, Bahnhof, Zeitung und Theater. In ihrer Architektur ebenso wie in ihrer Symbolik markieren derartige Gebäude die zentrale Stellung der Instanzen, die sie beherbergen. Generell ist das dominante Raummodell der bürgerlichen Moderne dasjenige einer zentripetal-sternförmigen Anlage gewesen, im Gegensatz zu den plurizentrischen Netzwerken unserer Tage.

Besonders folgenreich ist dieser Unterschied im Hinblick auf eine Tendenz, die man, in zeitversetzter Verwendung von Habermas‘ berühmter gewordener Formel, den „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ im Digitalen Zeitalter nennen kann. Ich muss noch einmal etwas ausholen, um hier den in meinen Augen entscheidenden Zusammenhang herzustellen. Ich hatte vorhin von demokratischer Repräsentation als einer *Differenzbeziehung* gesprochen. Die kulturelle Modellierung dieser Differenz hat eine kommunikationsökonomische Seite. Der politische Repräsentant kann nur dann ‚im Namen des Volkes‘ und doch zugleich frei agieren, wenn zwischen ihm und den Repräsentierten ein bestimmter kommunikativer Abstand gehalten wird, was auch einen bestimmten Grad an Intransparenz mit einschließt. So merkwürdig es klingen mag: Politische Professionalität entsteht nur dort, wo die Wissensflüsse in beiden Richtungen reduziert und gefiltert sind. Wer sein Amt als Volksvertreter ernst nimmt, kann nicht umhin, die vielen spontanen und partikularen Meinungen auszublenden, die in seiner erregten Wählerschaft kursieren, um – verkürzend und idealisiert dargestellt – in den bedächtigen Beratungen der zuständigen Gremien sachverständige Lösungen zu erzielen. Andernfalls würde er es versäumen, den langfristigen Erfordernissen, die das Wahlvolk gern aus den Augen verliert, in gebühren-

der Weise Rechnung zu tragen. (Das zeitgenössische Stichwort heißt: Stimmungsdemokratie.) Seinerseits ist er auf Diskretionsschutz und so etwas wie die gläubige Indifferenz des Wahlvolkes angewiesen, zumal wenn es um komplexe Materien oder um operative Interna geht, die weder in allen Details vor der Öffentlichkeit auszubreiten sind noch in jedem Stadium der Entscheidungsfindung basisdemokratisch beglaubigt werden könnten.

Die Beziehung politischer Halbdistanz, die der Amtsträger zum Wahlvolk unterhält, muss sich also auf eine strukturell gleichgelagerte informationelle Halbdistanz stützen können. Anders formuliert: Auch das Nachrichtenwesen repräsentativer Demokratien muss im Großen und Ganzen repräsentativ organisiert sein, das Merkmal der Durchlässigkeit mit dem Merkmal professioneller Distanzwahrung verbinden: durch Selektion, Bündelung der kollektiven Aufmerksamkeit, parteipolitische Zurückhaltung bei gleichzeitiger Einpassung des Geschehens in den herrschenden politischen Sprachgebrauch etc. Kurzum, es geht hier um die Herstellung dessen, was seit gut 200 Jahren bürgerliche Öffentlichkeit heißt. Sie ist zwar pluralistisch organisiert, aber doch einem autoritativen, das Reden der Vielen unter die Rede der Wenigen subsumierenden Ethos verpflichtet. Klassischerweise kam diese Aufgabe den großen liberalen Pressenhäusern mit ihren Repräsentationsbauten in der Stadtmitte, später dem staatlichen Rundfunk und Fernsehen zu, die ähnlich der Politik Anspruch auf kompetente Treuhänderschaft gegenüber der notorisch uninformierten breiten Bevölkerung erheben.

Der Populismus ist Symptom und Nutznießer der Tatsache, dass auch der informationelle Unterbau der demokratischen Repräsentation, mitsamt den Umgangsweisen und Voreinstellungen, die es stützen, immer brüchiger wird. Es ist unübersehbar, dass die Krise der Repräsentation eng mit medienhistorischen Entwicklungen zusammenhängt. In der Kommunikationswelt des Digitalen Zeitalters werden die etablierten Zentren des Nachrichtenwesens geschwächt, zerfällt die kollektive Arena zusehends in voneinander isolierte, sich selbst verstärkende und dadurch punktuell machtvolle *communities*, werden überhaupt die Übermittlung von Nachrichten und die Bewirtschaftung von Meinungsmacht von den bisher gültigen professionellen Rollenmodellen entkoppelt. All dies ermutigt dazu, Ansprüche auf direkte Partizipation, dezentrales *agenda setting* und informationelle ‚Selbstregierung‘ zu erheben – Ansprüche, die einerseits ein emanzipatorisches Potential in sich tragen, andererseits genau zu den Effekten von Radikalisierung und Parteienhass führen, vor denen die Vordenker des Republikanismus gewarnt haben. Es besteht eine vitale Allianz zwischen neuen politischen Bewegungen und neuen Kanälen der politischen Kommunikation, angefangen von nichtklassischen Nachrichtenformaten im Fernsehen (Talkshows, Infotainment) über Blogs und andere Foren der informationellen Selbstermächtigung bis hin zu den *social media* mit ihrem ganz neuen Potential, Kampagnen zu organisieren. Wie sich gerade in jüngster Zeit vielfach gezeigt hat, geht dies mit einer Tendenz zu offener, zum Teil höhnischer Verachtung der Experten und ihrer Kontrollfunktion für den öffentlichen Diskurs einher. Begünstigt werden solche Haltungen durch den Umstand, dass weder der Journalismus noch die Politik vollständig professionalisierte Funktionssysteme sind, sondern – in starkem Gegensatz etwa zum Recht oder zur Wissenschaft – Außenseitererfolge abseits professioneller Rekrutierungen und zu Zeiten sogar offen ausgestellte Ignoranz prämiieren.

Die zweite Ursache für die Schwächung des liberalen Modells von politischer Repräsentation sehe ich darin, dass das damit verbundene Inklusionsversprechen nicht mehr glaub-

würdig ist. Das liberale Konzept der Stellvertretung sollte ja ursprünglich nur für eine Interimsphase gelten. Den Unmündigen und Unberufenen sollte, noch ganz im Geist der Aufklärung, der Weg zu höherer Einsicht gewiesen und damit die Befähigung zu voller Staatsbürgerschaft vermittelt werden. Das Element von Distinktion, das in der repräsentativen Beziehung zwischen den Wenigen und den Vielen angelegt war, wurde so durch den Vorschein auf eine zu erwerbende Zugehörigkeit abgemildert. Dieser Erwerb konnte auf zwei Weisen vor sich gehen: durch Bildung oder durch ökonomischen Erfolg, und entsprechend zu zwei verschiedenen Spielarten von Bürgerlichkeit führen.

Die Aussicht auf Teilhabe politischer wie zivilgesellschaftlicher Art, die der Liberalismus anbietet, ist in Gesellschaften plausibel, die sich sozusagen im Aufwind befinden. Wo aber der soziale Fahrstuhl ins Stocken kommt und auch die Beziehung zwischen Bildung, sozialem Status und politischem Einfluss unsicher wird, reduziert sich der Liberalismus auf die Besitzstandsideologie, die er immer auch war. Ohne die Leitidee einer sich ausbreitenden Aufklärung und überhaupt von gesellschaftlichem Fortschritt hat er wenig zu bieten und nichts zu erzählen. Warum diese Leitidee nicht mehr trägt oder genauer: warum sie nur noch in bestimmten Funktionsbereichen und sozialen Sphären mehrheitlich Anhänger findet, ist eine nicht leicht zu beantwortende Frage. Zu den Gründen, die in der Diskussion sind, zählen konkret die Nachwirkungen der Weltfinanzkrise 2008; zunehmende ökonomische Ungleichheit; die abgeschwächten Wachstumsraten moderner Industrieländer mit entsprechend geringeren Verteilungsspielräumen seit den 1970er Jahren; noch früher aber, beginnend schon mit der vorletzten Jahrhundertwende, ein allgemeiner Niedergang der Fortschritts- und Entwicklungsutopien, die das 19. Jahrhundert charakterisierten. Was die aktuelle Lage angeht, so neige ich persönlich der Auffassung zu, dass die Attraktivität nationalchauvinistischer Bewegungen im Westen eine psychologisch gut erklärbare Reaktion auf dessen verlorene politisch-ökonomische Vorherrschaft sind. Nicht zufällig sind diese Bewegungen in Ländern mit kolonialherrlicher beziehungsweise imperialer Vergangenheit (USA, England, Frankreich, Niederlande) besonders stark. Wie auch immer: In „Abstiegsgesellschaften“ (Oliver Nachtwey²²) erscheint das liberale Projekt zusehends als exklusive Angelegenheit einer vorrangig mit sich selbst beschäftigten Elite. Folglich wird auch deren Verhaltenscodes und kulturelle Kapitalien der beanspruchte Rang von Allgemeingültigkeit aberkannt; sie schrumpfen zu angefeindeten Gruppenprivilegien zusammen.

3

Das ist, so wie ich es sehe, das große Bild: Als Makronarrativ der ‚organisierten‘ Moderne hat die liberale Vision vom Fortschritt für alle hat einen Großteil ihrer Anhängerschaft verloren. Sie lebt in urbanen kosmopolitischen Milieus und in einigen Residuen mit zumeist europäischer Grundprägung fort und findet unter günstigen Umständen Zuspruch in den *emerging states*, in denen sich eine neue Mittelschicht ausbildet, wobei zu fragen ist, inwieweit sich hier das Mittelschichtenbewusstsein mit einer staatsbürgerlichen ‚Sendung‘ altliberaler Prägung verbindet. Dominanter scheint mir die Tendenz zu sein, den Erwerb von Wohlstand und Einfluss in neureicher Manier – auch das Neureichentum

²² Oliver Nachtwey, Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin 2016

ist übrigens alt und hat immer einen Schatten auf den Liberalismus geworfen – von Verantwortlichkeit für das Gemeinwesen zu entkoppeln. Er bettet sich jedenfalls nicht mehr in ein all diese Strebungen integrierendes, kollektives Zukunftsversprechen ein. Umso weniger werden jene, die sich zu kurz gekommen fühlen, von der einstigen Integrationskraft und Enttäuschungsresistenz dieses Versprechens erreicht. Sie verlegen sich stattdessen auf eine Weltsicht, deren Grundzug das Ressentiment ist.

In ihrem Buch *Strangers in Their Own Land* hat die Ethnologin Arlie Russell Hochschild eine „*deep story*“ entworfen, in der sich ihre Gesprächspartner in den verarmten Südstaaten der USA zutreffend dargestellt finden.²³ Das Hauptmotiv lautet „*cutting the line*“. Da stehen die Menschen in einer langen Schlange den Hügel hinauf und warten, dass auch sie ihren Anteil am *American Dream* erhalten. Das Warten wird ihnen lang, selbst durch harte Arbeit ist soziales Vorwärtskommen nicht mehr garantiert. Und dann kommen andere – Fremde, Nutznießer des Systems – und drängeln sich vor. Es sind die ‚Liberalen‘ in ihrer Fürsorge für Immigranten, Minderheiten und Benachteiligte, die sie dazu ermutigen oder sogar nach vorne winken: Obama hat sie bevorzugt, und Hillary Clinton hätte das weiter getan. Im deutschen beziehungsweise europäischen Kontext übernimmt Angela Merkel diese Rolle, wenn sie in Zeiten von Hartz IV und Austerität eine Million Flüchtlinge einlässt. Damit ist die triadische Ausgangssituation des Rechtspopulismus hergestellt, von der ich anfangs sprach. Sie legt den Grund für „*politics of resentment*“, um eine andere ethnologische Studie über Wählerverhalten in *heartland America* zu zitieren²⁴: ein doppeltes und zwiespältiges Ressentiment, das den Ärger sowohl nach oben (gegen die urbanen Eliten) als auch nach unten (gegen eine geeignete Gruppe sozial Schwächerer) lenkt.

Was dabei auf der liberalen Seite des Meinungsspektrums Verwirrung ausgelöst hat, ist die Tatsache, dass die unter linksemanzipatorischen Vorzeichen entwickelte Technik des *othering*, durch die hegemoniale Ansprüche auf Repräsentativität und Allgemeingültigkeit unterminiert werden sollte, inzwischen die politische Windrichtung gewechselt hat und von rechtsaußen eingesetzt wird. *Identity politics* wird nun von der „schweigenden Mehrheit“ betrieben, und das *othering* richtet sich gegen die Minderheitenbefürworter, die gern übersehen, dass ihre Liberalität auch etwas mit den Privilegien zu tun hat, die sie genießen. Die Erzählkämpfe, die sich auf diesem Feld abspielen, sind deshalb im Kern eine Auseinandersetzung darüber, ob die Hauptachse des politischen Konflikts in vertikaler oder in lateraler Richtung verläuft. Denn das klassische Konzept von Repräsentation ist bei aller demokratischen Rückversicherung vertikal angelegt und billigt den Repräsentanten eine gewisse Überlegenheit über den Repräsentierten zu, während aus populistischer Sicht sowohl die professionellen Politiker als auch die Experten im Allgemeinen sich zwar als elitär gebärden, aber darum nicht übergeordnet, sondern lediglich ‚andere‘ sind, so dass ihre Urteile und Maßregeln sich entsprechend relativieren. Mögen sie sich für höherwertig erklären – man kann ihnen mit dem Stolz und den Werten der eigenen Gruppe auf strukturell gleicher Ebene begegnen. Statt Vorbilder und Rollenmodelle zu sein, werden sie einer zutiefst fremden, urban geprägten Sprach- und Lebenswelt zugerechnet, die sich

²³ Arlie Russell Hochschild, *Strangers in Their Own Land. Anger and Mourning on the American Right*. New York 2016. Kap. 9, S. 135ff

²⁴ Katherine J. Cramer, *The Politics of Resentment. Rural Consciousness in Wisconsin and the Rise of Scott Walker*. Chicago London 2016

in einem zusehends unversöhnlichen Gegensatz zur „*rural consciousness*“ der Mehrheit der Trump-Wähler befindet.

In psychoanalytischem Vokabular würde man sagen, dass politische Repräsentation im klassischen Sinn nach dem Modell der Über-Ich-Beziehung organisiert ist. Der Repräsentant erscheint dabei nicht primär als ausführendes Organ meiner politischen Wünsche, sondern im Gegenteil als eine väterlich-erzieherische, zu Vernunft, Selbstbeherrschung, Kompromissbereitschaft und Geduld angesichts vager Versprechen auf eine bessere Zukunft mahnende Instanz. Er ist überdies ein Parteigänger der bedrohlichen Komplexität dieser Welt und insofern eines Syndroms, das viele Menschen in ihrem Bedürfnis nach Klarheit und Grenzziehung überfordert. Ihm die Gefolgschaft aufzukündigen, gegen die Entmündigung durch Expertenwissen und *political correctness* aufzubegehren, verschafft zu Zeiten eine Art von rebellischem Triumph. Darin mischen sich der tiefsitzende Zorn darüber, politisch nicht vertreten, sondern belogen und betrogen worden zu sein, mit Schadenfreude und affektiver Enthemmung. Er wird allerdings früher oder später dadurch getrübt, dass die Herstellung klarer Fronten zwischen ‚denen‘ und ‚uns‘ einen Schwarm neuer Komplexitäten erzeugt, der die Abhängigkeit von den verachteten Machteliten in Politik und Gesellschaft langfristig eher vertieft – wofür der Brexit das schönste Beispiel ist.

Die Beziehung zum populistischen Führer dagegen ist anders modelliert, als Identifikation nicht im Register des Ich-Ideals, sondern des Es. Sie ist befreiend insofern, als sie von all den kulturellen und sprachpolitischen Imperativen der politischen Elite erlöst – als Lizenz, endlich sagen und tun zu dürfen, was man angesichts des herrschenden Meinungsdrucks bisher nicht sagen und tun durfte. Das gibt populistischen Bewegungen ihr merkwürdig doppeltes Gepräge von Moralismus und Exzess. Es erklärt zugleich, warum die populistischen Führer so gar nichts von dem haben, was man angesichts ihrer Dauerkritik an der Verlogenheit und Verderbnis der herrschenden Klasse erwarten würde: Sie sind keine Savonarolas, die das Übel aus dem Gemeinwesen austreiben wollen, keine asketischen Armutsprediger, keine aufrechten, geradlinigen, unbestechlichen, allen Skandalen denkbar fernstehenden Männer. Sondern Leute wie Silvio Berlusconi und Donald Trump, die sich all das leisten können – Geld, Villen, Golfplätze, Frauen mit Botoxlippen und hochhackigen Schuhen –, was ein einfacher Bürger wie ich und du auch gerne hätte. Sie präsentieren sich nicht als politische Führungspersönlichkeiten, deren Weitblick und höherer Vernunft man sich unterwirft, sondern laden gerade in ihren vulgären oder pubertär-unreifen Zügen zur Vergemeinschaftung ein – *celebrities* von Privatsendern statt Vorbildern im Stil paternalen Autoritäten.

Und die demokratisch beauftragten Repräsentanten? Sie geraten in die Rolle von *angefeindeten Mittlern* zwischen dem, was ihnen politisch geboten scheint, und den Wünschen oder Illusionen der Wähler. Im Grenzfall finden sie sich in die unangenehme Zwischenlage gebracht, als Objekte der Aggression die Folgen des gegen sie gerichteten Hasses auch noch implementieren zu müssen. Insofern hat der Hass auf die Eliten, der die populistischen Bewegungen eint, den Charakter einer Ablehnungsbindung: eines in extremer Weise ambivalenten Verhältnisses, das Ungehorsam und Abhängigkeit miteinander verschränkt.²⁵ Denn der Populismus erscheint auch deshalb als eine dünne, unvollständige

²⁵ Vgl. Richard Sennett, *Autorität*. Frankfurt/M. 1985. S. 34ff

Ideologie, weil er keines seiner Ziele ohne den Apparat der von ihm geschmähten Berufspolitiker und Bürokraten verwirklichen könnte. Ein Musterbeispiel dafür ist das britische Votum gegen die Zugehörigkeit zur EU, dessen tausendfache juristisch-technische Folgekomplikationen nun genau von denjenigen Experten zu bewältigen sind, gegen die in der Brexit-Kampagne Stimmung gemacht wurde.

4

All dies schlägt sich in der Mikropolitik heutiger Erzählkämpfe nieder. Es ist oft beschrieben worden, wie stark eine Gesellschaft wie die US-amerikanische sich inzwischen polarisiert hat und wie eng dies mit einer durch die neuen Medien begünstigten kommunikativen Isolierung der Anhängerschaften beider politischer Lager voneinander zusammenhängt. Teil dieses Prozesses ist die Herausbildung eines *narrative divide*, in dem sich zwei wechselseitig unübersetzbare Wir/sie-Erzählungen gegenüberstehen, die sich andererseits aber auf paradoxe Weise wechselseitig stabilisieren. Man sagt immer wieder und natürlich mit gutem Recht, dass Populisten gnadenlose Vereinfacher sind. Sie beuten eine Reihe von massenpsychologisch wirksamen Redefiguren aus, angefangen von der Berufung auf den gesunden Menschenverstand über die konspirologische Unterstellung des Verrats der Eliten an ihrem Volk bis hin zur Erfindung eines äußeren Feindes, gegen den man die Reihen schließen müsse. Das Problem ist, dass die liberalen Gegen-erzählungen gegen solche Verschwörungstheorien nicht verfangen. Der Hinweis darauf, dass die Welt komplizierter ist, als die Protestwähler es wahrhaben wollen, bestätigt diese nur in ihrem Bedürfnis, zu einer Position der vermeintlichen Stärke Zuflucht zu suchen. Und die erzieherische Attitüde, mit der Wut- und Gewaltausbrüche quitiert werden, aktiviert erst recht den Wunsch, sich gegen ein ungeliebtes Über-Ich aufzulehnen. Dialogangebote und Bemühungen, der Wir-Formation populistischer Erzählungen mit der Macht des besseren Arguments beizukommen, führen leicht zu dem kontraproduktiven Effekt, dieses Wir-Gefühl noch zu stärken. Sie gehen meiner Ansicht nach darin fehl, Radikalität als ein Ergebnis von *Überzeugungen* anzusehen – mit der unvermeidlichen Folge, dass sie dann an der Renitenz irrationaler Überzeugungen verzweifeln.

Aber damit machen sie die Anhänger radikaler Bewegungen viel dümmer, als sie sind. Irrationalität und Inkonsistenz müssen kein Zeichen von Unfähigkeit sein. Sie können auch als strategische Einsätze auf einem Meinungsfeld dienen, auf dem mit Rationalität und Konsistenz nichts zu gewinnen ist. Das war die Strategie des Wahlkämpfers Donald Trump, und das war auch das Kalkül, das seine Anhänger mitvollzogen. Wenn Trump sich in den Debatten mit Hillary Clinton blamierte und von ihr als ungebärdiges Kind vorgeführt wurde, hat dies beim Kern seiner Anhänger, die die Erfahrung der Demütigung nur allzu gut kennen, vermutlich eher einen Solidarisierungseffekt ausgelöst. Das heißt keineswegs, dass sie ihn nicht, schon aus Gründen der Selbsterkenntnis, durchschauen. Es bedeutet auch nicht unbedingt, dass sie ihm seine Parolen abgekauft haben. Im Signalsystem populistischer Rhetoriken ist der wörtliche Inhalt von Äußerungen nur ein, und nicht das wichtigste, Element. Wichtiger sind die affektiven und Gruppensignale, und zwar gerade in der doppelten Botschaft, die populistische Führer aussenden: einerseits unterdrückt und benachteiligt zu sein (selbst noch dann, wenn sie an die Schalthebel der

Macht gelangt sind), sich andererseits an einer rücksichtslosen Selbstermächtigung zu betauschen. Die Ebene, auf der hier kommuniziert wird, ist nicht diejenige des Arguments, und deshalb wird sie durch argumentative Erwiderung, *fact checking* und dergleichen auch regelmäßig verfehlt. Man unterschätzt das Vabanque-Spiel, das Teil des populistischen Kalküls ist, wenn man die Behauptungen der Populisten auf herkömmliche Weise zu widerlegen versucht. Und man neigt wohl auch dazu, die Augen vor den lustvoll destruktiven Energien, die sie tragen, zu verschließen. Auch diese Lust an der Destruktion ist nicht vollkommen unerklärlich, sondern gehorcht einer rekonstruierbaren Logik. Denn auf ihre Weise haben die Anhänger neo-autoritärer Protestbewegungen in den USA und anderswo Recht: Von der herrschenden Politik ist für ihren Lebenszuschnitt nicht viel zu erwarten. In dem durch den etablierten gesellschaftlichen Diskurs gesetzten Rahmen lassen sich ihre Leidenserfahrungen, ihre Wünsche und Vorstellungen nicht einmal mehr auf akzeptanzfähige Art artikulieren. Dass die Anhänger solcher Bewegungen, wann immer sie sich äußern, als gesellschaftliche Verlierer stigmatisiert werden und sich paternalistische Zu-rechtweisungen anhören müssen, bestärkt sie in ihrem Hass. Wenn aber die Probleme, mit denen sie kämpfen, mit normalen Mitteln nicht mehr lösbar zu sein scheinen: Was liegt dann näher, als der Normalität überhaupt den Gehorsam aufzukündigen und das politische System als ganzes in einer großen Farce implodieren zu lassen?

– Was ist angesichts dieser Stimmungslage zu tun? Man wird sich nicht in eine Welt intakter Bürgerlichkeit und ihres liberalen Honoratiorentums zurückwünschen wollen und sollte diese Vergangenheit auch nicht verklären. Aber es wird sich die Aufgabe stellen, unter postnationalistischen Vorzeichen Funktionsäquivalente für vieles von dem zu finden, was im Rahmen des nationalen Paradigmas der Liberalismus war. Dazu gehört es, Verfahren zu entwickeln, wie die global angewachsene Komplexität in den jeweiligen politischen Arenen aufgefangen und bearbeitet werden kann. Das setzt die Bewahrung beziehungsweise Wiederer kämpfung von ziviler Öffentlichkeit und von Institutionen eines verlässlichen öffentlichen Diskurses voraus, auch und gerade im digitalen Raum. Und dies wiederum wird schwerlich gehen, ohne Formen des ökonomischen Ausgleichs zu finden, die auch in einer postindustriellen Gesellschaft Bestand haben. Letztlich läuft das auf die Frage hinaus, ob eine Demokratie möglich ist, die sich nicht – wie in der Antike – auf Sklaverei oder – wie in der Neuzeit – auf globale Ungleichheit stützt.